

Editorial

Kanton Bern wird attraktiver

Die Lohnsituation ist auf dem Weg der Besserung. Das kontinuierliche Lohnsummenwachstum von 1,5% und Mittel für den Ausgleich von Lohnrückständen sind im Voranschlag 2016 und im Ausgaben- und Finanzplan 2017–2019 enthalten.



Die BSPV-Geschäftsführer kämpfen stets für faire Arbeitsbedingungen: Daniel Wyrsch (ab 1.2.2016), Roland Seiler (1993–2004), Matthias Burkhalter (2004–31.1.2016).

Foto: Ritz

In der Novembersession hat der Grosse Rat mit dem Voranschlag 2016 ein Lohnsummenwachstum von 1,8% verabschiedet. 1,5% sind für das Gehaltsstufenwachstum vorgesehen, 0,3% für zusätzliche Lohnmassnahmen. Wenn der Regierungsrat und der Grossrat an diesen Zielgrössen festhalten, werden auch die Nettolohnverluste durch den Primatwechsel bald ausgegli-

chen werden. Der Kanton Bern als Arbeitgeber gewinnt langsam aber sicher an Attraktivität.

Dies gilt für die Lohnsituation, nicht aber für die Ausgliederung der drei bernischen psychiatrischen Anstalten. Diese sollen per 1. Januar 2017 in Aktiengesellschaften ausgegliedert werden. Alle drei Betriebe müssen massive Kosteneinsparungen vorneh-

men, damit sie am sogenannten freien Markt bestehen können. Diese Einsparungen führen zu einer Erhöhung des Arbeitsdrucks, die Pflegenden können sich weniger um die Patienten kümmern und oft werden diese zu früh aus der Behandlung entlassen.

2 Aktuelles Thema**Psychiatrische Anstalten**

Die Psychiatrien sollen ausgegliedert werden. Patienten und Betreuer stehen vor neuen Herausforderungen.

6 Interview**Geschäftsführer**

Matthias Burkhalter spricht im Interview über seine Zukunftspläne und den BSPV gestern, heute und morgen.

12 Angebote**Kurse und Zähne**

Kurzinformation der BSPV-Kurse 2016 und neu 10% Rabatt auf Zahnarzt-Rechnungen beim Zahnimplantat Zentrum.

Info

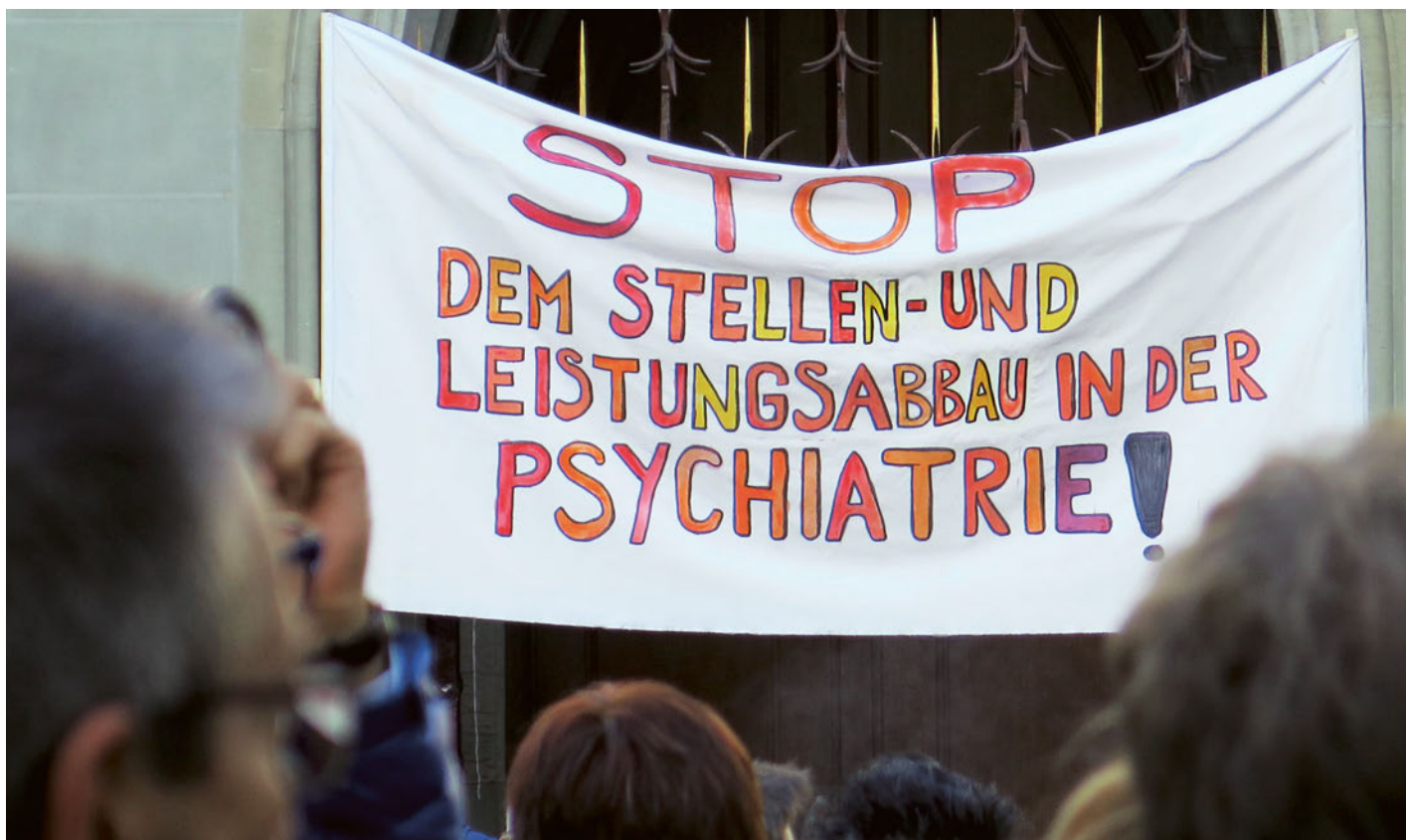
Ferien beim BSPV

Die Geschäftsstelle des BSPV bleibt vom 24. Dezember 2015 (ab 12.00 Uhr) bis am 3. Januar 2016 geschlossen.

Berner Psychiatrie unter enormem Druck

Etwa 200 Personen demonstrierten zum Auftakt der Novembersession vor dem Berner Rathaus für ausreichende Mittel in der kantonalen Psychiatrie. Grossratspräsident Marc Jost hat die Petition mit dem Titel «für eine gute Psychiatrie» entgegengenommen. 7500 Personen haben diese unterzeichnet.

Matthias Burkhalter, Geschäftsführer



Kundgebung vor dem Rathaus «für eine gute Psychiatrie im Kanton Bern».

Foto: Ritz

Die Personalverbände fordern, dass der Grosse Rat und die Kantonsregierung für ausreichende Mittel für das ambulante und stationäre Angebot der kantonalen Psychiatrie sorgen.

Auf dem Weg der Besserung hingegen ist die Lohnsituation. Das Lohnsummenwachstum von 1,8% ist vom Grossen Rat im Voranschlag 2016 verabschiedet worden. 1,5% sind für das Gehaltsstufenwachstum vorgesehen, 0,3% für zusätzliche Lohnmassnahmen. Solange der Regierungsrat und der Grosse Rat an diesen Zielgrössen festhalten, kann die Attraktivität des Kantons Bern in mehreren

Jahren wieder auf ein akzeptables Niveau angehoben werden.

Mehr Zeit für Umstellungen

Mehr Sorgen bereitet dem BSPV die Ausgliederungs- und Privatisierungspolitik der Behörden. Davon sind zwei sehr grosse Bereiche betroffen. Die drei kantonalen psychiatrischen Anstalten in Bern, in Münsingen und in Bellelay sollen per 1. Januar 2017 in Aktiengesellschaften ausgegliedert werden. Damit sie am sogenannten freien Markt bestehen können, müssen alle drei Betriebe massive Kosteneinsparungen vornehmen. Der Kanton

Bern wird keine Defizite mehr übernehmen. Diese Einsparungen führen zu einer massiven Erhöhung des Arbeitsdrucks. Pflegende können sich weit weniger den Patienten widmen und diese werden in etlichen Fällen zu früh aus der Behandlung entlassen. Der Druck steigt, die Budgetmittel sinken und das Personal kündigt. Die Schwierigkeiten waren beim Privatisierungsentscheid des Grossen Rates absehbar und werden offensichtlich in Kauf genommen. Ganz besonders schwierig ist die Situation im Berner Jura. Die Psychiatrischen Dienste Biel-Seeland – Berner Jura sind sehr dezentral strukturiert und

verfügen am Hauptstandort in einem alten Kloster über ein für eine moderne Psychiatrie nicht geeignetes Gebäude. Der Kostendruck führt nun dazu, dass in den nächsten zwei Jahren 60 Vollzeitstellen wegrationalisiert werden. Das wird die Bevölkerung und die Patienten der Region vor untragbare Herausforderungen stellen. Ob der Direktor und der ärztliche Leiter aus diesen Gründen gekündigt haben, ist nicht bekannt, kann aber vermutet werden. Und auch das Personal ist nicht gewillt, diese Rosskur mitzutragen. Wir haben unsere Mitglieder gebeten, eine Petition für eine gute Psychiatrie zu unterschreiben. Wir danken für die hohe Zahl an eingegangenen Unterschriftenbogen. Die Petition wurde von den Verbänden BSPV, SBK, VSAO und VPOD am 16. November dem Grossen Rat eingereicht.

Der BSPV hofft, dass die übereilte Umstellung erstreckt und für den Berner Jura eine angemessene und regional akzeptierbare Lösung gefunden wird. Ein Kompliment muss der Gesundheits- und Fürsorgedirektion gemacht werden, die für die Ausarbeitung der neuen personalrechtlichen Bestimmungen die Sozialpartnerverbände vollumfänglich mit einbezogen hat.

Pfarrschaft

vor ungewisser Zukunft

Nicht nur die Psychiatrie wird ausgelagert, sondern auch die «ältesten» Mitarbeiter des Kantons Bern. Wir haben schon darüber berichtet, dass der Grosse Rat entschieden hat, dass die Pfarrerrinnen und Pfarrer neu den Landeskirchen unterstellt werden sollen. Das Kirchengesetz wird entsprechend angepasst und soll bereits im Jahr 2017 dem Grossen Rat zur ersten Lesung unterbreitet werden. Wir hoffen nun, dass für die teure Anpassung der Strukturen die Sozialpartner – Pfarrverein und BSPV – ebenso vorbildlich mit einbezogen werden wie bei anderen Direktionen. Die Landeskirchen sind ein Partner, der Pfarrverein der andere. Ein intensiver Dialog ist zwingend. Nur gemeinsam können tragfähige Lösungen erzielt werden. Und wenn das neue Kirchengesetz keine Lösungen aufzeigt, steht immer noch der Weg des Re-

ferendums offen. Der BSPV hat die Kraft, mit den anderen Angestelltenverbänden sein Veto einzulegen. Ich gehe davon aus, dass dies nicht notwendig sein wird.

Änderungen des Personalrechts

Auf den Jahreswechsel 2017 werden das Personalgesetz und auf das Jahr 2016 die Personalverordnung leicht angepasst.

Das Personalgesetz sieht neue Regelungen bei der Abgabepflicht für Nebenämter vor. Davon sind bloss wenige Kadermitarbeitende und sechs von sieben Regierungsmitgliedern betroffen.

Die anstehende Revision der Personalverordnung bringt ebenfalls keine wesentlichen Neuerungen ausgenommen den Abbau der Langzeitkonti auf maximal 50 Tage bis ins Jahr 2019. Der BSPV konnte immerhin erreichen, dass die obere Limite von 40 Tagen leicht erhöht wurde und die Umsetzungsfrist ein Jahr länger dauert.

Der BSPV hat in seinem Mitbericht zur Personalverordnung zahlreiche weitere Anpassungen gefordert. Insbesondere entsprechen die Zulagen für Pikettdienst und Nacht- und Wochenarbeit nicht den Ansätzen der Privatwirtschaft. Die Finanzdirektion hat uns zugesichert, diese Problembe- reiche nach der Verabschiedung der Personalstrategie in Angriff zu nehmen.

Die Personalstrategie, die der Geschäftsleitung zur Stellungnahme unterbreitet worden ist, wird wesentliche quali-

tative Verbesserungen bringen. Es ist aber noch zu früh, um über Konkretes zu berichten. Immerhin kann aber schon gesagt werden, dass als grösster Schwachpunkt die Lohnrückstände und die fehlenden Lohnnebenleistungen festgehalten worden sind. Es werden sechs Ziele und 17 Massnahmen definiert. Erwähnenswert ist z.B. der geplante degressive Gehaltsaufstieg. Der Lohnanstieg soll in den ersten Dienstjahren analog zur Privatwirtschaft schneller erfolgen als bisher. Der BSPV hat in seiner Eingabe darauf hingewiesen, dass ein solches System diskutiert werden kann, dass aber die Gefahr besteht, dass es erneut Verlierer geben wird. Wer die schlechten Lohnanstiege der SAR-Zeit erdulden musste, wird nun möglicherweise erneut benachteiligt werden. Der Kanton Bern hat dann möglicherweise zwei Lohndellen, die sich überschneiden werden. Es müssen deshalb Lösungen gefunden werden, um keine Doppelverlierer zu schaffen.

Der BSPV ist trotz einiger Erfolge der letzten Zeit nach wie vor hart gefordert. Meinem Nachfolger und der Geschäftsleitung wird die Arbeit wahrlich nicht ausgehen. Wer sich aktiv mit einbringen will, meldet sich für den Vorstand einer unserer zahlreichen Sektionen oder hilft mit, eine neue Sektion zu gründen. So z.B. unsere fast hundert Mitglieder der Steuerverwaltung des Kantons Bern.

Neue Langzeitkontoregelung

Per 1. Januar 2016 wird das Langzeitkonto-Guthaben von 125 auf 50 Tage beschränkt. Langzeitkontoguthaben von mehr als 50 Tagen sind bis zum 31. Dezember 2019 abzubauen oder finanziell abzugelten. Die Kompensation der Guthaben oder der finanziellen Abgeltung erfolgt in Absprache und mit Zustimmung der Vorgesetzten. Zudem können innert derselben Übergangsfrist einmalig und auf Gesuch der Mitarbeitenden LZK-Guthaben von 50 oder weniger Tagen bis zu einem Mindestsaldo von 20 Tagen ausbezahlt werden.

Was aber gar nicht geht, ist, dass Vorgesetzte ohne Absprache mit den Mitarbeitenden alleine über die LZK-Guthaben verfügen, so wie dies auch schon versucht worden ist.

Ende 2013 hatten 158 von 21 233 Mitarbeitenden ein LZK-Guthaben von über 125 Tagen (0,3% der Angestellten in den Gehaltsklassen 1–14 und 4,2% in den Gehaltsklassen 25–30) und immerhin 16,3% der Angestellten ein solches über 25 Tage (10,6% in den tiefsten und 30,7% in den höchsten Gehaltsklassen).

Blicken Sie entspannt in Ihre Zukunft

Finanzielle Pensionsplanung, Steueroptimierung, Vermögensanlage, Zweitmeinung zu Bank- und Versicherungsangeboten – alle Entscheidungsgrundlagen aus einer Hand.

**Damit Sie Ihre Zeit unbeschwert
geniessen können.**



Unabhängige Pensionsplanung

Beratungsqualität vom BSPV getestet und für gut befunden. Mit Sonderkonditionen für BSPV-Mitglieder.

GLAUSER+PARTNER

VORSORGE | STEUERN | VERMÖGEN

Bonstettenstrasse 1, 3012 Bern
T 031 301 45 45

www.glauserpartner.ch

Seminar – Meeting – Tagung – Sitzung



Hotel Linde Stettlen

Bernstrasse 59 CH-3066 Stettlen
Wireless for free!
40 gratis Parkplätze

Tel. 031 931 85 86
Fax. 031 931 55 03
info@linde-stettlen.ch
www.linde-stettlen.ch



Muesmatt AG

Fenster und Schreinerei

Alpenstrasse 40 · 3052 Zollikofen
Telefon 031 911 80 11 · Fax 031 911 25 11
www.muesmatt.ch

FRIWASH



*Die sanfte,
schonende*
Autowaschstrasse
mit Textilfasern

Ey 9a, 3063 Ittigen
Tel. 031 921 76 83

Webcam unter: www.friwash.ch



SAISONGERECHT, FRISCH UND
AUTHENTISCH!
GENIESSEN SIE UNSERE TESSINER
UND ITALIENISCHEN SPEZIALITÄTEN
7 TAGE GEÖFFNET
DURCHGEHEND WARMER KÜCHE
UND PIZZA.

Familie S. + D. Cafiero



**Grotto Ticino
Pizzeria Cafiero**

www.grotto-ticino.ch

Breitenrainplatz 26 · 3014 Bern · Tel. 031 331 96 77

gutgeplant.ch 

Pensions-, Finanz- & Steuerplanung

■ Pensionierung richtig planen



B. Fankhauser



G. Fuchs



D. Derendinger

Sie wünschen sich eine erstklassige, unabhängige Pensionsplanung welche ausschliesslich auf Ihre Wünsche, Bedürfnisse und Ziele ausgerichtet ist? Dann sind Sie bei uns an der richtigen Adresse. **Sonderkonditionen für BSPV Mitglieder.**

Bestellen Sie kostenlos unsere umfassende Broschüre „Pensionierung“ mit vielen nützlichen Tipps und interessanten Berichten.

gutgeplant.ch

Seftigenstrasse 25, 3007 Bern, Telefon: 031 371 90 90, Fax: 031 371 90 92
info@gutgeplant.ch | www.gutgeplant.ch

Lohnrückstand wird aufgeholt

Andere Kantone senken die Löhne. Das wurde im Grossen Rat bei der Budgetdebatte klar gesagt. Der Kanton Bern stellt hingegen ein tragbares Lohnsummenwachstum sicher. Die Zürcher kritisieren das, da sie viel in den Nationalen Finanzausgleich einzahlen. Dazu ist Einiges zu sagen.

Der Grosse Rat hat mit dem Voranschlag 2016 ein Lohnsummenwachstum von 1,8% verabschiedet. Dafür gilt es dem Regierungsrat und dem Grossen Rat zu danken. 1,5% sind für das Gehaltsstufenwachstum vorgesehen. Das reicht erfahrungsgemäss für 2,7 Gehaltsstufen für jeden Mitarbeitenden im Durchschnitt. 0,3% sind für zusätzliche Lohnmassnahmen für jene Mitarbeitende einzusetzen, die erhebliche Lohnrückstände haben. Rund die Hälfte dieses Aufstiegs kostet den Kanton Bern aber nichts, da dieser durch die Rotations- und Fluktuationsgewinne finanziert wird. Es kann davon ausgegangen werden, dass etliche Mitarbeitende für das Jahr 2016 effektiv eine Leistungsanerkennung durch substantielle Anstiege erhalten. Ein Anstieg von fünf oder mehr Stufen motiviert.

Andere Kantone nicht vergleichbar

Jene Kantone, die im Rahmen ihrer Sparprogramme, die der Kanton Bern bereits vor Jahren durchgezogen hat, die Lohnsumme für ihr Personal senken, tun dies jedoch von einem sehr viel höheren Niveau aus. Nach wie vor verdienen Polizistinnen in Nachbarkantonen monatlich bis zu 1000 Franken mehr als im Kanton Bern. Und auch die Lehrkräfte sind nach allen Anstiegen bei uns und den Senkungen anderswo nach wie vor weit tiefer eingereiht, als z.B. im reichen Kanton Zürich, der den Bernern gerne Ausgabenfreudigkeit vorwirft.

Die Finanzkommission und der Grosse Rat sind sich dessen bewusst. Das Parlament hat deshalb die Sparschraube dieses Jahr beim Sachaufwand und nicht beim Personalaufwand angezogen. In etlichen Budgetpositionen sind allerdings im Sachaufwand auch Personalkosten enthalten, allerdings nicht jene des Kantonspersonals.

Wie geht es weiter?

Im Aufgaben- und Finanzplan des Kantons Bern sind auch für die Jahre 2017-2019 je 1,8% für das Lohnsummenwachstum eingestellt. Der BSPV hofft, dass an dieser verlässlichen Entwicklung festgehalten werden kann. Das ist dringend notwendig, denn die Lohnrückstände werden noch Jahre lang fort dauern. Und all jene, die seinerzeit in den schwierigen Zeiten der SAR-Massnahmen keine Perspektiven hatten, haben auch die finanziellen Folgen bei der Pensionskasse zu tragen. Was seinerzeit nicht in die 2. Säule einbezahlt wurde, kann kaum mehr aufgeholt werden. Dies ist auch eine Folge des Primatwechsels. Heutige Lohnerhöhungen werden nicht mehr «eingekauft». Das vor-

gesehene Rentenziel kann somit kaum erreicht werden.

Gute finanzielle Aussichten

Es kommt hinzu, dass der Kanton Bern finanzpolitisch sehr gut aufgestellt ist. Die Rechnung 2015 wird voraussichtlich mit einem satten Überschuss abschliessen. Die Nationalbank hat zudem für das Jahr 2015 eine doppelte Gewinnausschüttung beschlossen, was zu nicht budgetierten Einnahmen von 168 Millionen Franken führen wird. Und wer länger dabei ist, mag sich erinnern, dass die Schulden des Kantons Bern von rund 11 Milliarden Franken auf 7 Milliarden Franken gesenkt werden konnten. Dazu hat das Personal mindestens die Hälfte beigetragen.

Jahr	Teuerung Schweiz im Vorjahr (Entwicklung Landesindex der Konsumentenpreise)	Lohnmassnahmen Kanton Bern (Kantonspersonal und Lehrkräfte)			
		Teuerungsausgleich per 1. Januar	Mittel für individuelle Gehaltserhöhungen per 1. Januar	Mittel für individuelle Korrekturen per 1. Januar	Total Lohnmassnahmen
1990	3,2%	5,00%	1,55%		6,55%
1991	5,4%	6,15%	1,55%		7,70%
1992	5,9%	4,60%	1,40%		6,00%
1993	4,0%	0,80%	1,40%		2,20%
1994	3,3%	1,50%	1,40%		2,90%
1995	0,9%	1,00%	1,40%		2,40%
1996	1,8%	0,50%	1,00%		1,50%
1997	0,8%	0,00%	0,70%		0,70%
1998	0,5%	0,00%	0,25%		0,25%
1999	0,0%	0,00%	1,57%		1,57%
2000	0,8%	0,00%	1,00%		1,00%
2001	1,6%	1,20%	1,10%		2,30%
2002	1,0%	1,00%	1,50%		2,50%
2003	0,6%	0,50%	0,50%		1,00%
2004	0,6%	0,50%	0,50%		1,00%
2005	0,8%	0,50%	0,50%		1,00%
2006	1,2%	0,50%	0,50%		1,00%
2007	1,1%	1,00%	1,00%		2,00%
2008	0,7%	1,00%	1,00%		2,00%
2009	2,4%	2,81%	0,00%		2,81%
2010	-0,5%	0,30%	0,70%		1,00%
2011	0,7%	0,70%	1,00%	0,10%	1,80%
2012	0,2%	0,40%	0,90%	0,20%	1,50%
2013	-0,7%	0,00%	0,40%		0,40%
2014	-0,1%	0,00%	1,50%		1,50%
2015	0,0%	0,10%	1,50%	0,30%	1,80%
2016	-1,2%	0,00%	1,50%	0,30%	1,80%



Matthias Burkhalter

Grossrat Matthias Burkhalter ist seit dem 1.7.2004 Geschäftsführer des BSPV.

Ende Januar 2016 gibt er die Geschäftsführung ab.

«Mich freut jeder Erfolg»

Matthias Burkhalter war während zwölf Jahren Geschäftsführer des Bernischen Personalverbands. Mit seinen politischen Forderungen eckte er manchmal an. Das war für ihn aber unwichtig, er kämpfte stets für bessere Arbeitsbedingungen für das Kantonspersonal. Viele seiner Anliegen konnten umgesetzt werden, andere noch nicht.

Nach zwölf Jahren als Geschäftsführer des BSPV wirst du auf den 1. Februar 2016 zurücktreten. Du bist 61-jährig. Was hat dich dazu bewogen, in Frühpension zu gehen?

Die Geschäftsführung eines Personalverbandes stellt hohe Anforderungen. Die täglichen Beratungen von Mitarbeitenden der Kantonsverwaltung hinterlassen ihre Spuren. Wenn einer 56jährigen sehr bewährten Fachkraft von einem übereifrigen Chef gekündigt wird, da sie angeblich nicht mehr den heutigen Anforderungen genüge, und ich keine bessere Lösung erzielen kann, dann belastet das. Andererseits freut mich auch jeder Erfolg, den ich erzielen kann. Primär geht es mir darum, die Verantwortung abzugeben.

Was sind deine Pläne für die Zukunft?

Bundesrat werde ich wohl nicht. Es hat ja schon einen Burkhalter. Ich werde voraussichtlich weiterhin auf privater Basis in der Beratung von Kantons- und Gemeindeangestellten tätig sein. Und zwar eben vorwiegend für jene, die unverständlicherweise nicht BSPV-Mitglieder sind. Ich bin auch offen für weitere Tätigkeiten. Möglicher-

weise kann ich meine Erfahrungen über die Kantonsverwaltung in einem Projekt oder einem Gremium einbringen. Vor allem werde ich aber wieder vermehrt klettern, bergsteigen und wandern. Ich habe erst 1000 von den 6000 Schweizer Gipfeln bestiegen.

Für 20% als externer Mitarbeiter bleibst du dem BSPV noch ein Jahr erhalten. Was sind deine Hauptaufgaben für den BSPV?

Ich werde vor allem versuchen, mein Wissen und meine Kontakte meinem Nachfolger zur Verfügung zu stellen. Ich werde auch noch einige wenige Sektionen besuchen und an den Zentralvorstandssitzungen und der Abgeordnetenversammlung teilnehmen. Aber eben nicht mehr vorne bei der Leitung, sondern als stiller Zuhörer in den Rängen.

Welches sind deine grössten Erfolge, die du im Grossen Rat für das Kantonspersonal erkämpft hast?

Im Vordergrund stehen für mich die Wiedereinführung des verlässlichen Gehaltsaufstiegs und die Neuregelungen des Pensionskassengesetzes, auch wenn ich lei-

der den Primatwechsel nicht verhindern konnte. Die meisten Erfolge für das Personal erreichte ich jedoch nicht im Parlament, sondern im engen Kontakt mit dem Regierungsrat, dem Personalamt und den Amtsleiterinnen und -leitern. Im Grossen Rat können kaum je Verbesserungen aktiv angeregt werden. Meist geht es eher um das Abwenden von Verschlechterungen.

Welches positives Ereignis wirst du wohl nie vergessen?

Ganz sicher die Demonstration auf dem Bundesplatz im Jahr 2013 mit den 20 000 Teilnehmenden. Und all die Dankeszeichen und positiven Reaktionen der Mitglieder haben mich über die Jahre motiviert. Viel Freude hat mir auch das Hundertjahrjubiläum 2012 gemacht. Dieses hat gezeigt, dass der BSPV eine im Kanton Bern tief verankerte Institution ist, die dessen Entwicklung in manchen Bereichen nachhaltig beeinflusst.

Welches war dein negativstes Erlebnis beim BSPV?

Neid, Missgunst, Unverständnis und Unfähigkeit von etlichen Vorgesetzten. Aber auch alle Sparprogramme haben mir Sor-

gen gemacht. Die Privatisierung der Psychiatrie ist ein Fehlentscheid und wird den Kanton Bern viel Geld kosten. Und dann kommen die weit über 100 Kündigungen, mit denen ich mich in all den Jahren auseinandersetzen musste.

Einen Nachfolger für dich zu finden, war nicht ganz einfach. Die Liste der potenziellen Nachfolger war relativ kurz. Bist du mit der Wahl von Daniel Wyrsch zufrieden?

Jeder ist ersetzbar. Ich habe grosses Vertrauen in die vermittelnden und organisatorischen Fähigkeiten von Daniel Wyrsch. Er wird hoffentlich Einiges anders machen. Der BSPV wird von seinem Einsatz und Dynamik profitieren können.

Wie würdest du deine Tätigkeit als Geschäftsführer des BSPV kurz zusammenfassen.

Ich hatte mit einer unglaublichen Vielfalt von Problemen zu tun, die ein Laie gar nicht erahnen kann. Ob das Milchabpumpen während der Arbeitszeit zulässig ist, ob die Schuhvergütung auch bei einer Pensionierung zur Jahresmitte geschuldet ist, ob ein Mitarbeiter vom Chef als «Hondrichchnorz» bezeichnet werden darf, sind nur einige der kleineren Probleme, die im Personalrecht eben nicht alle haargenau geregelt sind. Daneben gab es aber auch die grossen Themen wie Lohn, Ferien und Arbeitszeit, Pensionskasse, Spesen und Vergütungen und vor allem auch Umstrukturierungen und Reorganisationen. Was meine Arbeit prägte, war auch die enorme Vielfalt an meist sehr guten Kontakten. Jeder BSPV-Geschäftsführer kennt die Verwaltung des Kantons Bern über alle Direktionen und Organisationseinheiten besser als die Regierungsratsmitglieder.

Weshalb sollten die Kantonsangestellten dem BSPV beitreten?

Die Mitgliedschaft beim führenden Personalverband ist für mich ein Muss für jeden Kantonsangestellten und ein Gewinn für jede Gemeindeangestellte. Wer den BSPV braucht, ist fast immer zufrieden mit den Beratungen, der Unterstützung und den

Dienstleistungen. Wer keine Probleme hat, soll aus Solidarität zu den anderen beitreten. Es kommt hinzu, dass 90% aller Problemfälle nicht absehbar waren und bei Mitarbeitenden auftauchen, die nie damit gerechnet haben. Auch ein A++Crack kann krank werden oder von einer Reorganisation betroffen sein.

Was bedeutet dir der BSPV?

Der BSPV war über die letzten Jahre wie eine grosse Familie für mich. Mein hervorragendes Team der Geschäftsstelle, die Geschäftsleitung, die Sektionspräsidentinnen und alle anderen engagierten Personalvertreter standen mir sehr nahe und bildeten die Basis für gute Entwicklungen, Schadensminderungen und gangbare

ausgelagert, kantonalisiert. Und nicht immer sind die Neuerungen positiv.

Der BSPV muss sich zudem der Frage stellen, ob er weiterhin vornehmlich der Verband der Kantonsangestellten sein will oder ob er allen Mitarbeitenden des Service public im Kanton offensteht.

Schon heute haben wir die Sektion der Gemeindeangestellten von Zollikofen, zahlreiche Mitarbeitende des Inseleospitals und auch eine erhebliche Anzahl an Gemeinde- und Bundesangestellten in unseren Reihen. Wenn die Psychiatrie ausgelagert und die Pfarerschaft den Landeskirchen unterstellt wird, droht ein weiterer Exodus von Kantonsangestellten. Wir wollen aber unsere Sektionen in diesen Bereichen behalten und auch für sie vollen Einsatz leisten.

Die Mitgliedschaft beim führenden Personalverband ist für mich ein Muss für jeden Kantonsangestellten.

Matthias Burkhalter

Wege in die Zukunft. Ich lebte so stark für den BSPV, dass ich auf dem Arbeitsweg, in den Ferien und in der Freizeit nach Lösungen suchte und manchmal überraschend auch fand. Geschäftsführer des BSPV kann man nicht sein, ohne volles Engagement für alle Mitglieder. Ein faszinierender Job.

Wie sieht der BSPV in zehn Jahren aus?

Der BSPV des Jahres 1912 sah ganz anders aus als der heutige Verband. Es mussten Grundrechte erkämpft werden. Aber auch der BSPV 2003 im Jahre meiner Arbeitsaufnahme sah ganz anders aus. Es war alles viel weniger hektisch. Das Diagonal erschien damals noch achtmal jährlich und in schwarz-rot. Lange Artikel mit Basisinformationen dominierten. E-Mails gab es noch kaum. Die Kantonsverwaltung war gemütlicher, Kündigungen selten.

Heute häufen sich die elektronischen und telefonischen Anfragen. Fast jeder Betrieb wird umgestellt, reorganisiert, verkleinert,

Zudem ändern sich die Kommunikationsmittel laufend. Möglicherweise wird in Zukunft nur noch gemailt, getwittert oder per Newsletter und Facebook kommuniziert. Die Geschäftsleitung und die Geschäftsstelle werden sich den neuen Herausforderungen stellen müssen.

Enorm wichtig werden aber immer unsere Sektionen bleiben. Möglicherweise verschwinden einige, aber ganz sicher kommen neue hinzu. Wer Mitglied einer Sektion ist, hat einen näheren Bezug zum Verbandsleben. Polizistinnen wollen primär Mitglied des Polizeiverbandes sein und Pfarrer vertrauen auf die Verhandlungsstärke des Pfarrvereins. Dass der BSPV als Gesamtverband die Sektionen massiv unterstützen kann, ist vielen nicht immer bewusst.

Berner Forst und Forstwarte vor hohen Herausforderungen

Die bernische Forstwirtschaft steht unter hohem Kostendruck. Hoffentlich wirkt sich dieser nicht erneut auf den Staatsforst und seine Mitarbeitenden aus. Die Stimmung an der Hauptversammlung des Verbandes der Bernischen Forstwarte und Waldarbeiter war trotzdem gut.

Fast 20 Mitglieder trafen sich im Blapbach mitten im walddreichen Emmental. Nach den ordentlichen Geschäften zog Geschäftsführer Matthias Burkhalter Bilanz über die letzten zwölf Jahre. Er ging auf die Verbesserungen beim Gehaltsaufstieg ein. Nach den äusserst geringen Lohnanstiegen in den Jahren 2003–2006 sieht es heute besser aus. Auch bei der Pensionskasse wurde eine tragfähige Lösung beschlossen. Bei den Spesen und Entschädigungen wurden bereits Korrekturen gemacht, weitere müssen noch folgen. Ein grosser Erfolg war auch die Einführung der 5. Ferienwoche für alle ab dem Jahr 2008 und die Errichtung der Langzeitkonti ab 2007, die allerdings nun eingeschränkt werden. We-



Verbesserungen beim Gehaltsaufstieg erkämpft.

Foto: Matthias Burkhalter

nig profitieren werden die Forstwarte vom neuen Vaterschaftsurlaub, sind doch jüngere Mitglieder wegen der Abbaumassnahmen weit in der Minderzahl. Schade ist es

immer wieder, dass all jene, die nicht im BSPV mitmachen, ebenfalls von den erkämpften Fortschritten profitieren. Das Trittbrett ist gut besetzt...

Justizpersonal stellt Fragen

Am 16. September 2014 wurde die Sektion Justizpersonal des Kantons Bern gegründet. Dieses Jahr führte sie nun im November die erste ordentliche Hauptversammlung unter der kundigen Leitung ihres Präsidenten Pascal Dietrich durch.

Die ordentlichen Traktanden führten zu keinen grossen Diskussionen, Probleme

der Anstellung und des Arbeitsortes hingegen schon.

Das Modul-System ist nicht für alle Aufgaben geeignet und verhindert sogar die berufliche Entwicklung. Es müsste eigentlich überprüft werden. Hingewiesen wurde auch auf die fehlenden Weiterbildungsangebote für nicht juristisches Personal für alle Organisationseinheiten. Hohes Gewicht sollten zudem der Gesundheit am Arbeitsplatz und der Sicherheit zugemessen werden. Und wenn es gelingt, in Burgdorf eine Kita zu installieren, wäre das eine tolle Sache.

Erfreulicherweise verstärkt Yolanda Jossi in Zukunft den Vorstand. Ziel ist es, dass alle Regionen vertreten sind.



Justizpersonal: Verstärkung im Vorstand.

Foto: Matthias Burkhalter

Per Bahn zur Bahn

Seit langem als letzte von Eugen Schneider organisierte Fahrt angekündigt, hat die Herbstreise die Senioren am 13. Oktober über den Lötschberg nach Brig geführt. Hier galt einmal ganz wörtlich: Der Weg ist das Ziel.

Robert Ruprecht, Präsident Rentnervereinigung

Mit dem Lötschberger führen die fast neunzig Senioren auf der alten Strecke ins regennasse Brig, um eben diese Strecke zu besuchen: Das Modell der Lötschbergbahn, wie es im Untergeschoss des Hotels Good Night Inn wieder in Betrieb genommen worden ist. Dieser naturgetreue Nachbau der berühmten Bahnverbindung ist von der Familie Bodenmann, der Betreiberin des Hotels, vor dem Verschrotten bewahrt und technisch auf den neuesten Stand gebracht worden. Er soll in naher Zukunft dem Publikum zugänglich gemacht werden. Jetzt schon wird die Anlage, die von zwei pensionierten BLS-Lokomotivführern betreut wird, von vielen Gruppen besucht.

Der Besuch lohnte sich. Die Anlage ist imposant und bietet einen Blick auf alte Ingenieurkunst, wie er sonst nur vom Flugzeug aus möglich wäre und auch da nicht

ganz. Der Besuch lohnte sich auch wegen dem Organisator: Eugen Schneider verpasst es nie, auf aktuelle Probleme hinzuweisen und die Teilnehmenden zu ermahnen, politisch aktiv zu sein und zu bleiben. In einer Zeit, in der der Staat die Tendenz hat, sich aus manchen Bereichen zurück zu ziehen, sind der gegenseitige Austausch und die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen wichtig, wollen wir nicht Errungenschaften verlieren, die durch die Jahrzehnte auf politischen Druck hin gewachsen sind.

Der nächste grössere Anlass wird das Treberwurstessen in Schafis sein, das am 18. Februar (mittags) durchgeführt wird. (Maximal 50 Teilnehmer möglich.) Im Frühjahr, voraussichtlich Ende Mai, werden wir auf Gotthelfs Spuren das Emmental erkunden.



Der naturgetreue Nachbau der berühmten Bahnverbindung BLS (Berner Alpenbahngesellschaft Bern–Lötschberg–Simplon).

Foto: Hansruedi Schmid

Ausflüge 2016 der Rentnervereinigung

Politisches Treberwurstessen in Schafis am Bielersee

Am **18. Februar** findet zum vierten Mal das Treberwurstessen der Senioren bei der Familie Andrey in Schafis statt. Auch diesmal ist die Anreise individuell, der Regionalzug Richtung Neuenburg fährt um 11.52 Uhr ab Bern. Von dort aus geht es zu Fuss entweder dem See entlang oder auf der alten Hauptstrasse Richtung Schafis. Ankunft in Schafis 12.15 Uhr. Rückfahrt individuell.

Kosten: Fr. 30.–/Person (Essen und Getränke)

Achtung: Teilnehmerzahl beschränkt: Maximal 50 Teilnehmer. Die **Anmeldungen** werden in der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt. Anmeldungen per Telefon an Eugen Schneider, Uettiligen Tel. 031 829 14 02

Organisation:

Robert Ruprecht, Eugen Schneider

Vorschau

Der Vorstand plant für das Jahr 2016 zwei weitere Reisen:

Ende Mai gehen wir auf Gotthelfs Spuren ins Emmental. Die Reise wird uns an einigen Schauplätzen von Gotthelf-Erzählungen vorbei führen und in Lützelflüh enden, wo wir das neue Gotthelf-Zentrum besuchen und uns auch auf eine seiner Erzählungen näher einlassen.

Voraussichtliches Datum:

24. Mai 2016

Anfang September haben wir vor, unter der Leitung von Roland Schafer den Kräutergarten von Swiss Alpine Herbs in Därstetten im Simmental zu besuchen, wo wir uns in den Anbau der natürlichen Alpenkräuter für industrielle Zwecke einführen lassen.

Optimierte Prozesse beim SVSA

Am 22. Oktober 2015 besuchten rund 25 Mitglieder der Sektion Höhere Angestellte Bern BSPV im Rahmen von Besuchen in den «staatseigenen Betrieben» das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt (SVSA) des Kantons Bern.

Max Suter, Vertretung Pensionierte Höhere Angestellte

Amtsvorsteher Niklaus Lundsgaard-Hansen und seine Mitarbeiter zeigten uns Be-



Betriebsablauf bei den Fahrzeugprüfungen.

Foto: Max Suter

triebsabläufe bei den Fahrzeugprüfungen, erklärten das Vorgehen bei der Zuteilung von Autonummern sowie gaben uns wertvolle Einblicke in das Personalmanagement im Amt. Die Sektion Höhere Ange-

stellte Bern wählte das SVSA nicht zuletzt für den Jahresbesuch aus, weil sich dieses Amt in den letzten Jahren durch einen besonders kundenfreundlichen Umgang mit der Bevölkerung im Kanton Bern einen besonderen Platz gesichert hat.

«Vor Ort» wurde uns überzeugend demonstriert, wie heute eine Fahrzeugprüfung ohne grossen administrativen Aufwand durchgeführt werden kann. Moderne Tablets unterstützen die Arbeit der Experten, die sich dadurch auf das Kontrollieren des Fahrzeugs konzentrieren können. Auch ein Einblick in das Verwalten der fast eine Million Nummernschilder im Kanton Bern löste bei uns Besuchern einiges Staunen aus. Wie wir alle wissen, kann der Kanton mit gesuchten Nummern ein Geschäft machen. Auch dieser Verkauf ist transparent und von den Mitarbeitenden gut organisiert.

Dienstleistungs-, Führungs- sowie Unterstützungsprozesse im Amt wurden de-

finiert und die Prozesse insbesondere im betrieblichen Bereich optimiert. Aufgrund des recht hohen Alters im Kader bzw. in der Führungscrow wurde der Nachfolgeplanung ein besonderes Augenmerk zuteilt. Nebst der Bedarfsplanung im Personalbereich auf allen Ebenen werden auch Aktivitäten bei der persönlichen Entwicklung der Mitarbeitenden, im Bereich der Arbeitssicherheit sowie beim Gesundheitsschutz geplant und umgesetzt.

Zu guter Letzt nahmen wir Kenntnis vom Slogan des «Friendly Work Space» (unser Befinden: «Was wir im Alltag erfahren, erleben und spüren!»). Gesundheits-, Absenzen- und Eingliederungsmanagement sind hier zentrale Eckpfeiler.

Unser Besuch durfte mit einem Apéro runde abgerundet werden. Die zahlreichen Möglichkeiten des Gedankenaustauschs zwischen unserer Sektion und dem SVSA wurden rege genutzt.

Der BSPV bedankt sich...

In der Geschäftsleitung des BSPV sind zwei Rücktritte zu verzeichnen. Zwei Rücktritte die der BSPV einerseits bedauert und andererseits auch versteht.



Barbara Schmutz



Claude Röthlisberger

Barbara Schmutz wurde am 1. Juli 2013 von der Abgeordnetenversammlung als Finanzverantwortliche in die Geschäftsleitung des BSPV gewählt. Infolge der hohen beruflichen Beanspruchung sah sie sich veranlasst, ihren Rücktritt im August 2015 per sofort einzureichen. Ihre Nachfolge als Finanzverantwortliche wird an der AV 2016 zu bestimmen sein.

Und unser Vizepräsident **Claude Röthlisberger** wurde am 22. Oktober 2004 als Mitglied der Geschäftsleitung gewählt. Seit dem 19. Oktober 2012 ist er zudem Vizepräsident des BSPV. Da er inzwischen aus dem Kantonsdienst ausgeschieden ist, legt er zu unserem Bedauern seine Ämter per 31. Dezember 2015 nieder.

...bei Barbara Schmutz und Claude Röthlisberger für die wertvolle Zusammenarbeit.

Gut funktionierende Sozialpartnerschaft

Der Regierungsrat pflegt eine gut funktionierende Sozialpartnerschaft mit den Personalverbänden. Der BSPV kann seine Anliegen eingeben und wird angehört.

Bis zu viermal jährlich besprechen eine Delegation des Regierungsrates, meist die Finanzdirektorin und der Erziehungsdirektor sowie ihre Mitarbeitenden, personalrechtliche Themen. Im November steht regelmässig der Gehaltsaufstieg auf der Traktandenliste. Nicht dessen Höhe, sondern die Verteilung der Mittel, die durch das vom Grossen Rat genehmigte Budget zur Verfügung stehen.

Ein aktuelles Beispiel ist auch die Neuregelung der Langzeitkonto-Regelung. In intensiven Verhandlungen erreichten die Verbände, dass neu wenigstens noch 50 Tage angespart werden können und nicht bloss deren 40, wie der Regierungsrat ursprünglich beabsichtigte. Ein kleiner Erfolg für das Personal.

Intensiv sind auch die Verhandlungen mit der Gesundheits- und Fürsorgedirektion im Hinblick auf die Verselbständigung der Psychiatrie auf den 1. Januar 2017. Die Geschäftsleitung des BSPV hat im Rahmen der Übergangsbestimmungen für das Per-

sonal Stellung beziehen können. Der BSPV führt daneben auch jährlich zweimal Gespräche mit der Justizleitung. So z.B. über die Möglichkeiten von Teilzeitarbeit für Richterinnen und Richter. Ebenfalls zweimal jährlich finden Gespräche mit dem Polizeikommando statt.

Der BSPV kann seine Anliegen immer einbringen. Manchmal braucht es jahrelangen Druck, um Verbesserungen zu erzielen, so z.B. beim Vaterschaftsurlaub. Und vielfach geht es nicht um Verbesserungen, sondern um das Abwenden von Verschlechterungen. In jedem Fall gilt, dass es besser ist, in Verhandlungen und Gesprächen gemeinsam Lösungen zu erzielen, als mit Fahnen und Transparenten vor den Toren der Verwaltung aufzumarschieren. Das heisst aber noch nicht, dass wir nicht gewillt sind, auch öffentlich unseren Anliegen Nachdruck zu verschaffen. Die Kundgebung auf dem Bundesplatz im Jahr 2013 mit 20 000 Teilnehmenden hat ihre Wirkung erzielt.



Die Regierungsräte Beatrice Simon und Bernhard Pulver nehmen die Anliegen des BSPV ernst.

Foto: Burkhalter

Revision des gymnasialen Lehrplans – auch ein Sparauftrag!

Zurzeit laufen die Arbeiten zum kantonalen Lehrplan KLM an den Berner Gymnasien auf Hochtouren. Das Projekt wurde im Januar 2014 lanciert. Ausgangspunkt war der Sparauftrag des Grossen Rats: Im Rahmen der ASP-Beschlüsse hatten die Gymnasien jährlich 9,5 Millionen Franken einzusparen!



Foto: Christoph Ammann

Christoph Ammann
Rektor und Grossrat

Mit dem Sparbeschluss verbunden waren Streichungen von einzelnen Fächern, eine generelle Reduktion der Schülerlektionen, und damit natürlich auch der Wegfall von Pensen!

Die Gymnasiallehrerschaft versuchte sich aber am Positiven zu orientieren: Wenigstens führte die Sparübung dazu, dass die Quarta an die Gymnasien kommt, und damit das langjährige Postulat eines vierjährigen ungebrochenen Bildungsgangs endlich in Erfüllung ging. Auch war der Zeitpunkt für eine Revision günstig, da in der Volksschule die sogenannte «Passepartout-Generation» auf dem Weg an die Gymnasien ist, also Schülerinnen und Schüler mit Französisch- und Englischunterricht ab der 3. bzw. ab der 5. Klasse.

Die Gymnasiallehrerschaft arbeitet also hochmotiviert am neuen Lehr-

Schluss Seite 12

plan, versucht aus der Sparübung das Beste für die Schülerinnen und Schüler zu machen. Irritierend wirken in dieser Phase umso mehr die Wahlparolen des bürgerlichen Regierungsratskandidats aus dem deutschsprachigen Kantonsteil, der Steuer-senkungen verspricht und Sparpotenzial in der Bildung vermutet. An der Bildung kann und darf kein weiterer Franken mehr gespart werden, das ist meine klare Haltung!

Die Meinung des Autors muss sich nicht mit jener des BSPV decken.

Die Geschäftsstelle
des BSPV wünscht allen
frohe Weihnachten,
schöne Feiertage und
ein erfolgreiches
und glückliches 2016!

Neuer Rabatt!

Das Zahnimplantat Zentrum Zahnmedizin und Oralchirurgie in Bern bietet allen Mitgliedern des BSPV und ihren Familienangehörigen für jede zahnärztliche Behandlung 10% Rabatt auf das Ärztehonorar. Zusätzlich gibt es 50% Rabatt vom Besprechungstarif für die Erstkonsultation und eine kostenlose Panoramaröntgenaufnahme im Wert von 162.– Franken.

Mehr dazu: www.bspv.ch → Dienstleistungen → Vergünstigungen → Zahnarzt

Kurse 2016

Kurze Übersicht der BSPV-Kurse 2016
(die Kursbroschüre erscheint anfang Jahr).

Bewegte Pausen am Arbeitsplatz

Die Teilnehmenden erhalten Übungen, die am Arbeitsplatz durchgeführt werden können und nur wenig Zeit brauchen, dazu gibt es Informationen zu Brainfood und geeigneten Snacks am Arbeitsplatz.

14. März 2016, 17.00–19.00 Uhr

Soziale Sicherheit: Das Dreisäulenkonzept mit Pensionskassen, AHV/IV und 3. Säule

Das Ziel des halbtägigen Workshops ist es, das schweizerische System der sozialen Si-

cherheit in den wesentlichen Elementen zu kennen und die eigene Situation realistisch einschätzen zu können.

26. Mai 2016, 17.00–21.00 Uhr

1. September 2016, 13.00–17.00 Uhr

Coaching – ein Instrument für Führungspersonen (Grundkurs)

Die Teilnehmenden kennen die Rahmenbedingungen und Möglichkeiten für den Chef als Coach und können einzelne Coaching-Tools anwenden.

10. März 2016, 9.00–17.00 Uhr

1. September 2016, 9.00–17.00 Uhr

Coaching – ein Instrument für Führungspersonen (Folgekurs)

Die Teilnehmenden erweitern ihre Coaching-Kompetenz und können einfache Coaching-Gespräche führen und einzelne Coaching-Tools anwenden.

25. Mai 2016, 13.30–17.00 Uhr

2. November 2016, 13.30–17.00 Uhr

Finanzielle Pensionsplanung richtig gemacht

Die Teilnehmenden kennen die zentralen Aspekte rund um das Thema «Finanzielle Pensionsplanung».

10. Mai 2016, 18.00–21.00 Uhr

19. September 2016, 18.00–21.00 Uhr

Wir gratulieren den BSPV-Mitgliedern, die in den Nationalrat gewählt worden sind!

Impressum

Diagonal

**BSPV
APEB**

Offizielles Organ des Bernischen
Staatspersonalverbandes BSPV

Organe officiel de l'Association du
personnel de l'Etat de Berne APEB

www.bspv.ch, sekretariat@bspv.ch
ISSN 2997-1866

Redaktion

Daniela Zryd
Matthias Burkhalter
Redaktionsadresse:
Postgasse 60, Pf 533
3000 Bern 8
Tel. 031 311 11 66
Fax 031 311 11 18

Übersetzung französisch
Christine Theumann-Monnier
Sabine Ritz

Inseratenverwaltung

Stämpfli AG
Wölflistrasse 1
Postfach
3001 Bern
inserate@staempfli.com

Satz, Druck und Spedition

Stämpfli AG
Postfach
3001 Bern

Les retards salariaux se combrent peu à peu

Certains cantons baissent les salaires. Cela a été dit clairement au Grand Conseil lors du débat sur le budget. Le Canton de Berne, lui, assure une croissance supportable de la masse salariale. Les Zurichois critiquent cette attitude, car ils paient beaucoup pour la péréquation financière nationale. Quelques remarques s'imposent.

Le Grand Conseil a, avec le budget 2016, approuvé une croissance de la masse salariale de 1,8%. Il faut l'en remercier, ainsi que le Conseil-exécutif. Sur ce taux, 1,5% est destiné à la progression des échelons de traitement. Expérience faite, ce sera suffisant pour accorder en moyenne 2,7 échelons à chaque agente et agent. Le 0,3% restant doit servir à des mesures salariales supplémentaires pour les employées et employés qui connaissent un grand retard salarial. La moitié de cette augmentation ne coûte toutefois rien au Canton, car elle est financée grâce aux gains de rotation et de fluctuation. On peut donc partir du principe que de nombreux agents et agentes verront en 2016 leurs performances effectivement reconnues sous la forme d'augmentations substantielles.

Pas de comparaison possible avec d'autres cantons

Les cantons qui, dans le cadre de leurs programmes d'économie (lesquels ont déjà eu lieu il y a bien longtemps dans le Canton de Berne), baissent la masse salariale de leur personnel, partent d'un niveau beaucoup plus élevé par rapport à Berne. Comme par le passé, les agentes et agents de police gagnent 1000 francs de plus par mois dans les cantons voisins de l'Etat de Berne. Le corps enseignant lui aussi, malgré toutes les hausses chez nous et les baisses ailleurs, reste bien mieux payé hors de Berne, et en particulier dans le canton de Zurich. Canton qui reproche pourtant aux Bernois d'être dépensiers.

La commission des finances et le Grand Conseil sont conscients de ces différences. C'est pourquoi le parlement a cette année serré la vis pour les dépenses en biens, ser-

vices et marchandises, et non les dépenses liées au personnel. C'est supportable. Toutefois, de nombreux postes budgétaires liés aux biens, services et marchandises comportent également des coûts liés au personnel, mais pas ceux du personnel cantonal.

Quelle sera la suite?

Le plan intégré «mission-financement» du Canton de Berne prévoit également pour les années 2017–2019 une croissance annuelle de la masse salariale de 1,8%. L'APEB espère que cette progression fiable sera maintenue. Elle est d'autant plus nécessaire que les retards salariaux vont perdurer pendant des années encore. .

De bonnes perspectives financières

Sur le plan financier, le canton de Berne est en très bonne position. L'exercice 2015 se terminera vraisemblablement sur un bon excédent. La Banque nationale a par ailleurs décidé d'accorder pour 2015 une double distribution du bénéfice. Conséquence pour l'Etat bernois: des recettes non inscrites au budget à hauteur de 168 millions de francs. Et celles et ceux qui suivent depuis longtemps la situation financière de notre canton se rappelleront que celui-ci a pu réduire sa dette de 11 milliards à 7 milliards de francs, le personnel y ayant contribué au moins pour moitié.

Année	Renchérissment en Suisse l'année précédente (évolution de l'indice des prix à la consommation)	Mesures salariales dans le canton de Berne (personnel de l'Etat et corps enseignant)			
		Indexation au 1 ^{er} janvier	Moyens pour la progression individuelle des traitements au 1 ^{er} janvier	Moyens pour des corrections individuelles au 1 ^{er} janvier	Total mesures salariales
1990	3,2%	5,00%	1,55%		6,55%
1991	5,4%	6,15%	1,55%		7,70%
1992	5,9%	4,60%	1,40%		6,00%
1993	4,0%	0,80%	1,40%		2,20%
1994	3,3%	1,50%	1,40%		2,90%
1995	0,9%	1,00%	1,40%		2,40%
1996	1,8%	0,50%	1,00%		1,50%
1997	0,8%	0,00%	0,70%		0,70%
1998	0,5%	0,00%	0,25%		0,25%
1999	0,0%	0,00%	1,57%		1,57%
2000	0,8%	0,00%	1,00%		1,00%
2001	1,6%	1,20%	1,10%		2,30%
2002	1,0%	1,00%	1,50%		2,50%
2003	0,6%	0,50%	0,50%		1,00%
2004	0,6%	0,50%	0,50%		1,00%
2005	0,8%	0,50%	0,50%		1,00%
2006	1,2%	0,50%	0,50%		1,00%
2007	1,1%	1,00%	1,00%		2,00%
2008	0,7%	1,00%	1,00%		2,00%
2009	2,4%	2,81%	0,00%		2,81%
2010	-0,5%	0,30%	0,70%		1,00%
2011	0,7%	0,70%	1,00%	0,10%	1,80%
2012	0,2%	0,40%	0,90%	0,20%	1,50%
2013	-0,7%	0,00%	0,40%		0,40%
2014	-0,1%	0,00%	1,50%		1,50%
2015	0,0%	0,10%	1,50%	0,30%	1,80%
2016	-1,2%	0,00%	1,50%	0,30%	1,80%

La psychiatrie sous haute pression

Lors du coup d'envoi de la session de novembre, quelque 100 personnes ont manifesté devant l'Hôtel de Ville de Berne pour qu'on accorde des moyens suffisants à la psychiatrie cantonale. Marc Jost, président du Grand Conseil, a reçu la pétition intitulée «Pour une psychiatrie de qualité», et signée par 7500 personnes.

Matthias Burkhalter, administrateur

La pétition «Pour une psychiatrie de qualité» demande que le Grand Conseil et le Conseil-exécutif veillent à ce que l'offre en psychiatrie dans le canton de Berne, qu'elle soit ambulatoire ou stationnaire, reste d'un niveau élevé malgré les mesures d'économie.

La situation salariale, par contre, se trouve en voie d'amélioration. Le budget 2016 et le plan intégré «mission-financement» 2017-2019 prévoient une croissance continue de la masse salariale de 1,5% ainsi que des moyens pour compenser les retards salariaux. Tant que gouvernement et parlement s'en tiennent à ces objectifs, l'attrait du Canton de Berne en tant qu'employeur pourra atteindre à nouveau un niveau acceptable.

Du temps en plus pour le changement

La politique d'autonomisation et de privatisation menée par les autorités inquiète par contre davantage l'APEB. Deux gros domaines sont concernés. Les trois établissements psychiatriques cantonaux de Berne, Münsingen et Bellelay doivent être reconstitués en sociétés par actions au 1^{er} janvier 2017. Afin qu'elles puissent survivre sur le soi-disant marché libre, les trois institutions doivent prendre des mesures d'économie massives. Le Canton de Berne n'entend plus prendre en charge aucun déficit. Ces économies conduisent à une énorme augmentation de la pression au travail. Les soignants ont beaucoup moins le temps de se consacrer aux patients, qui régulièrement sortent trop tôt de traitement. La pression croît, les coûts diminuent et le



Manifestation devant l'Hôtel de ville «pour une psychiatrie de qualité dans le canton de Berne»

Photo: Ritz

personnel démissionne. Ces difficultés étaient prévisibles lorsque le Grand Conseil a décidé de privatiser les trois établissements; il s'en est apparemment accommodé. La situation est particulièrement difficile dans le Jura bernois. Les services psychiatriques de Bienne-Seeland ont une structure très décentralisée et disposent

sur le site principal, qui se trouve dans un ancien couvent, d'un bâtiment inadéquat pour y pratiquer une psychiatrie moderne. La pression des coûts aura pour conséquence que, durant les deux prochaines années, 60 postes de travail à plein temps seront supprimés. La population et les patients de la région devront faire face à des

défis insoutenables. Est-ce la raison qui a poussé le directeur ainsi que le directeur des soins à démissionner? On ne le sait pas avec certitude, mais on peut le supposer. Quant au personnel, il n'entend pas non plus supporter ce remède de cheval. Nous avons demandé à nos membres de signer une pétition en faveur d'une psychiatrie de qualité. Nous les remercions pour le grand nombre de signatures engrangées. La pétition a été remise le 16 novembre dernier au Grand Conseil par plusieurs associations, l'APEB, l'ASI, l'ASMAC et le SSP.

L'APEB espère que cette transformation hâtive sera ralentie et qu'on trouvera une solution appropriée et acceptable pour le Jura bernois. Il faut toutefois complimenter la Direction de la santé publique et de la prévoyance sociale, qui a totalement intégré les partenaires sociaux pour élaborer les nouvelles dispositions relatives au droit du personnel.

Le corps pastoral face à un avenir incertain

La psychiatrie n'est pas la seule à être autonomisée. C'est aussi le cas des collaborateurs les « plus âgés » du Canton. Nous avons déjà annoncé que le Grand Conseil a décidé de mettre les pasteurs sous la responsabilité des églises nationales. La loi sur l'organisation des cultes sera adaptée en conséquence et devrait être transmise au Grand Conseil pour première lecture en 2017 déjà. Nous espérons maintenant que, lorsqu'il s'agira d'adapter au prix fort les structures, les partenaires sociaux, soit la société pastorale et l'APEB, seront aussi bien intégrés dans les discussions que cela a été le cas dans d'autres directions. Les églises nationales sont un partenaire, la société pastorale un autre. Un dialogue intensif est nécessaire. Ce n'est qu'ensemble que nous pourrions élaborer des solutions tenables. Et si la nouvelle loi sur l'organisation des cultes ne propose aucune solution, le référendum sera toujours possible. L'APEB aura la force, en collaboration avec les autres associations de personnel, d'opposer son veto à cette loi. Mais je pars du principe que cela ne sera pas nécessaire.

Modification du droit du personnel

La loi sur le personnel et l'ordonnance sur le personnel subiront de légères adaptations l'année prochaine. La loi sur le personnel prévoit de nouvelles réglementations en ce qui concerne l'obligation de verser une contribution en cas d'activité accessoire. Cela ne touche que quelques cadres ainsi que six des sept membres du gouvernement.

La révision en cours de l'ordonnance sur le personnel n'apporte elle non plus aucun changement majeur, si ce n'est la réduction des comptes-épargnes temps à 50 jours au maximum d'ici 2019. L'APEB a cependant pu obtenir que la limite supérieure de 40 jours soit légèrement relevée et que le délai de mise en œuvre soit prolongé d'une année.

Dans son co-rapport sur l'ordonnance relative au personnel, l'APEB a réclamé de nombreuses autres adaptations. Les allocations pour le service de garde, le travail de nuit et de fin de semaine, notamment, ne correspondent pas à ce qui se pratique dans l'économie privée. La Direction des finances nous a assurés vouloir s'attaquer à ces problèmes une fois la stratégie concernant le personnel cantonal approuvée.

Cette stratégie, qui a été soumise au comité directeur de l'APEB en vue d'une prise de position, apportera des améliorations importantes sur le plan qualitatif. Mais il est encore trop tôt pour pouvoir donner des

exemples concrets. On peut toutefois quand même dire que les retards salariaux et le manque de prestations salariales complémentaires restent le plus gros point faible de la stratégie. Seize objectifs et 17 mesures sont définies. Il vaut la peine d'évoquer par exemple la progression dégressive des traitements. Durant les premières années de service, le salaire devra augmenter plus rapidement qu'auparavant, à l'instar de ce qui se fait dans l'économie privée. Dans sa requête, l'APEB a souligné qu'un tel système peut faire l'objet de discussion, mais qu'il comporte avec lui le risque qu'il y ait à nouveau des perdants. Les personnes qui ont dû subir les mauvaises augmentations de salaire durant la période de l'ESPP, seront vraisemblablement de nouveau désavantagées. Dans ce cas, le Canton de Berne aura deux creux salariaux qui vont se chevaucher. C'est pourquoi il faut trouver des solutions pour qu'il n'y ait pas deux fois les mêmes perdants.

Malgré quelques succès ces derniers temps, l'APEB a toujours autant à faire. Il ne manquera certainement pas de travail à mon successeur et au comité directeur. Si quelqu'un souhaite s'investir, il ou elle peut s'annoncer auprès du comité d'une de nos nombreuses sections ou aider à fonder une nouvelle section. Comme c'est le cas par exemple des presque cent membres de l'intendance des impôts du Canton de Berne.

Nouvelle réglementation pour les comptes-épargnes temps

Au 1^{er} janvier 2016, le temps accumulé sur le compte-épargne temps sera limité à 50 jours au lieu de 125. D'ici au 31 décembre 2019, les comptes dépassant 50 jours devront être réduits ou compensés financièrement. La compensation du temps accumulé ou l'indemnisation financière auront lieu en concertation et avec l'accord du supérieur. D'autre part, durant le même délai, l'agente ou l'agent ayant accumulé 50 jours ou moins (jusqu'à concurrence de 20 jours) sur son CET pourra demander une compensation financière.

Ce qui n'est pas du tout tolérable, c'est qu'un supérieur puisse, sans en discuter avec l'agente ou l'agent, disposer à sa guise du temps accumulé sur le CET, comme on a déjà pu le voir à diverses reprises.

Fin 2013, parmi 21 233 agentes et agents, 158 comptaient un CET de plus de 125 jours (0,3% des employés de la classe de traitement 1-14 et 4,2% de la classe 25-30) et 16,3% de plus de 25 jours (10,6% dans les classes de traitement les plus basses, contre 30,7% dans les classes les plus élevées).

Editorial

Le Canton de Berne sera de nouveau plus attrayant

La situation salariale est en voie d'amélioration. Le budget 2016 et le plan intégré mission-financement 2017-2019 prévoient une croissance continue de la masse salariale de 1,5% ainsi que des moyens pour compenser les retards salariaux.

Durant la session de novembre, le Grand Conseil a, avec le budget 2016, approuvé une croissance de la masse salariale de 1,8%. Sur ce taux, 1,5% est destiné à la progression des échelons de traitement et 0,3% à des mesures salariales supplémentaires.



Les administrateurs de l'APEB se battent sans cesse pour des conditions de travail équitables: Daniel Wyrsh (dès le 1.2.2016), Roland Seiler (1993-2004), Matthias Burkhalter (2004-31.1.2016).

Photo: Ritz

Si le Conseil-exécutif et le Grand Conseil s'en tiennent à ces objectifs, les pertes de salaire net liées au changement de primauté seront bientôt compensées. L'employeur qu'est l'Etat de Berne redevient, lentement mais sûrement, attrayant.

Ceci est valable pour la situation salariale, mais pas pour l'autonomisation des trois établissements psychiatriques bernois. Ces derniers seront transformés en so-

ciétés par actions au 1^{er} janvier 2017. Afin qu'elles puissent survivre sur le soi-disant marché libre, ces trois institutions doivent prendre des mesures d'économie massives. Ces économies conduisent à une énorme augmentation de la pression au travail, les soignants ont moins de temps à consacrer aux patients, lesquels sortent régulièrement trop tôt de traitement.

14 Sujet actuel

Etablissements psychiatriques

Les institutions psychiatriques doivent être autonomisées. De nouveaux défis attendent patients et soignants.

Info

L'APEB en vacances

Le secrétariat de l'APEB sera fermé du 24 décembre 2015 (dès 12h) au 3 janvier 2016.